



Es ist unumstritten, dass Wohnraum in Friedrichshafen knapp ist. Wir leben nun mal glücklicherweise in einer sehr schönen und beliebten und auch sehr wirtschaftsstarke Region. Wir sind froh, so große und erfolgreiche Betriebe zu haben, die uns Arbeitsplätze bringen und sichern.

Auch der Tourismus ist in Friedrichshafen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, von dem auch viele weitere Betriebe (Gastronomie, Ausflugsziele, usw..) im Zuge der Umwegrendite profitieren. Oft hört man in Friedrichshafen den Satz: „Wir leben dort wo andere Urlaub machen“. Darauf können wir stolz sein!

Ja, Friedrichshafen und der Bodensee sind eine Zuzugsregion, unsere Einwohnerzahlen wachsen kontinuierlich. Allein in den letzten 10 Jahren ist Friedrichshafen offiziellen Zahlen zu Folge um knapp 4.000 Einwohner gewachsen.

So sehr wir uns über all das auch freuen, bringt es aber natürlich auch Probleme mit sich. Diese Menschen müssen ja auch irgendwo wohnen. Die Folge: Der Wohnraum wird knapp, die Preise steigen.

Doch was kann man dagegen tun? Hierzu gibt es verschiedene Ansätze. Ein Zweckentfremdungsverbot ist einer davon. Aber ist er der richtige? Wir glauben es nicht! Solch eine Satzung ist ein erheblicher Eingriff in das private Eigentum unserer Bürger!

Wir glauben auch nicht, dass damit das Problem mit dem knappen Wohnraum gelöst wird.

Viele weitere Faktoren spielen bei dieser Knappheit eine Rolle.

So wählen Einige Menschen den Bodensee als Standort für ihren Altersruhesitz.

Der Trend geht außerdem zu immer mehr Singlehaushalten und seit Jahren ist zu beobachten, dass der Flächenbedarf pro Haushalt kontinuierlich steigt.

Es mag übrigens durchaus in manchen Fällen gute Gründe geben, warum es auch Eigentümer gibt, die ihre Immobilie einen gewissen Zeitraum leer stehen lassen möchten.

Wir möchten nicht, dass diese Bürger zur Vermietung gezwungen werden.

Andere Eigentümer sind auf die Einnahmen aus der Ferienwohnungsvermietung angewiesen, haben es vielleicht sogar als Bestandteil ihrer Immobilienfinanzierung fest mit einkalkuliert. Es gibt in Bürger, die schon seit Jahrzehnten Ferienwohnungen in Friedrichshafen betreiben. Wollen wir das denen zukünftig wirklich verbieten?

Ferienwohnungen gehören gewissermaßen auch schon seit Jahrzehnten zur „DNA“ unserer Tourismusregion und sind ein wichtiger Bestandteil unseres Übernachtungsangebotes.

Es gibt durchaus einige Gäste, die bewusst nicht in einem Hotel übernachten möchten, sondern gezielt eine Ferienwohnung für ihren Urlaub wählen.

Gerade auch für einkommenschwächere Urlauber sind vergleichsweise günstige Ferienwohnungen im Gegensatz zu den meist teureren Hotels sehr wichtig, damit der Urlaub überhaupt erschwinglich ist.

Aus diesen Gründen favorisieren wir Freie Wähler dagegen den Ansatz, die Schaffung von neuem Wohnraum zu so gut wie möglich zu unterstützen und voranzubringen – und zwar sowohl für geförderte Wohnungen für einkommenschwächere Bürger, also auch im „normalen Wohnungsbau“. Wie erst kürzlich in der Schwäbischen Zeitung berichtet wurde, sind ja aktuell auch einige Bauprojekte in der Planung oder Umsetzung.

Wir Freien Wähler wollen ausdrücklich nicht in die Vergangenheit greifen und bereits bestehende Ferienwohnungen verbieten.

Wir sind aber durchaus dafür, dass zukünftig neue und zu erneuernde Bebauungspläne entsprechend so ausgerichtet werden, dass keine NEUEN Ferienwohnungen in diesen Bereichen mehr zulässig sind.

Insbesondere ist uns wichtig, dass es zukünftig auf städtischen oder sozial geförderten Grundstücken keine Ferienwohngen mehr gibt. Hier hätten wir auch kein Problem damit, dass bereits bestehende Ferienwohnungen auf solchen geförderten Grundstücken nachträglich untersagt werden.

Schlussendlich bedeutet ein Zweckentfremdungsverbot auch einen nicht unerheblichen finanziellen Mehraufwand an Sach- und Personalkosten für die Stadt. Es müssten neue Prozesse geschaffen werden und neue Mitarbeiter eingestellt werden, die die Einhaltung der Satzung kontrollieren.

Wir Freien Wähler stimmen aufgrund der vorgenannten Argumente gegen eine Satzung für ein Zweckentfremdungsverbot.

Hans Dullenkopf für die Fraktion der Freien Wähler